

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.  
Bezugspreis halbjährlich 75 Pfennig frei ins Haus  
abgesetzt; durch die Post bezogen im in- und ausländischen  
Verkehr monatlich 1.50 RM. z. Einzelnummern 10 Pf.  
Ostlorenz Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenbürg  
In. Agt. Wildb. z. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Gel.  
Hübner & Co. Wildbad. z. Postkassenkonto Stuttgart, 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile ober deren  
Raum im Begr. Grundr. 15 Bsp., außer 20 einspal.  
Inf.-Steuer. Reklamezeile 50 Bsp. z. Rabatt nach Tarif.  
Für Offerten u. bei Anstufstellung werden jeweils  
10 Bsp. mehr berechnet. z. Schluß der Anzeigennahme  
Mitt. 8 Uhr vorm. z. In Kontraktfällen od. wenn gerichts-  
Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlassmöglichkeit weg.

Druck, Verlag u. Schriftleitung Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße A 151. Wohnung: Bismarckstraße 287.

Nummer 302

Februar 179

Montag den 27. Dezember 1926

Februar 179

61. Jahrgang

## Gilbert über die deutsche Wirtschaft

Interessante Urteile des Damesagenten

Es ist auffallend, daß von dem Bericht des Generalagenten für die Damesleistungen, Parker Gilbert, über das am 31. August abgelaufene zweite „Damesjahr“ gerade die wichtigsten Teile von der deutschen Presse nur wenig beachtet worden sind. Ob die Urteile, die Gilbert über gewisse Maßnahmen der Reichsregierung fällt, im einzelnen zutreffend sind, darauf werden die verschiedenen Reichsstellen die Antwort zu geben haben. Immerhin stehen dem Generalagenten bezüglich der Damesleistungen nach dem Londoner Abkommen vom 30. August 1924 die gesamten amtlichen Quellen Deutschlands zur Verfügung.

In bezug auf die Arbeitslosigkeit begnügt sich der Wiederherstellungsagent mit der Bemerkung, daß die Lösung dieser Frage eine gewisse Zeit erfordern werde. An anderer Stelle des Berichts wird die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft, und zwar bei dem persönlichen Erzeugungsfaktor „Arbeit“, als ein Hauptgrund der fortwährenden großen Arbeitslosigkeit bezeichnet. Obwohl der Bericht es nicht ausdrücklich ausspricht, scheint er die Meinung zu teilen, daß der günstigere Beschäftigungsgrad der Inflation im wesentlichen eine Folge von Arbeitslosigkeit gewesen ist. Sobald man sich daran macht, auch den Erzeugungsfaktor „Arbeit“ wirtschaftlicher zu gestalten, stellt sich heraus, daß die deutsche Arbeitskraft bei den bestehenden Erzeugungs- und Abnahmefähigkeiten nicht voll ausgenutzt werden kann. Wertvoll im Mund des Wiederherstellungsagenten ist das Zugeständnis, daß Deutschland bei Beginn der Währungs- und Finanzreform in mancher Hinsicht einen überentwickelten, in anderer Beziehung dagegen einen unterentwickelten Erzeugungsapparat besaß. Im Gutachten der internationalen Sachverständigen vom 9. April 1924 las man nur von einem „hier unbegrenzt leistungsfähigen“ und modernen deutschen Erzeugungsapparat. Parker Gilbert erwähnt in seinem Bericht, daß das Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands während der letzten Monate wegen des britischen Kohlenstreiks „etwas zu günstig“ erscheine. Viele Wirtschaftskenner im Reich sind abweichend von Parker Gilbert der Überzeugung, daß der britische Kohlenstreik nicht nur „etwas“, sondern sogar sehr viel dazu beigetragen hat, daß bei uns die äußere wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1926 günstiger geworden ist, als man Anfang des Jahres erwarten durfte.

Finanzpolitisch sind folgende Ausführungen und Urteile Parker Gilberts von Bedeutung: Die Verschärfung der finanziellen Lage der öffentlichen Organe in Deutschland wird vom Generalagenten als eine Krise in der Rassenhaltung, nicht aber als eine Störung des Gleichgewichts im Haushaltsplan angesehen. Diese Auffassung wird bekanntlich auch im Reichsfinanzministerium geteilt. Jetzt sind nahezu drei Viertel des laufenden Haushaltsjahres vorübergegangen, ohne daß der Reichsfinanzminister nähere Anzeichen darüber gemacht hätte, in welchem Umfang er für die Deckung des neu eintretenden außerordentlichen Finanzbedarfs den Anleihewege beschreiten will. An verschiedenen Stellen des Berichts äußert Parker Gilbert seine Bedenken dagegen, daß die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge und insbesondere die zur Durchführung des Reichsstandsprogramms erforderlichen Gelder ganz aus Anleihen genommen werden sollen. Er begründet diese Bedenken damit, daß die für das Arbeitsbeschaffungsprogramm verwendeten Gelder in erster Linie sozialen Zwecken dienen und daher nicht — oder doch nicht sofort — auf ausreichende Rentabilität rechnen können. Gilbert meint, ein erheblicher Teil dieser Beträge hätte auf den ordentlichen Haushalt übernommen, d. h. durch laufende ordentliche Einnahmen gedeckt werden müssen.

Ueber den Außenhandel Deutschlands äußert der Generalagent die Überzeugung, daß der Ende 1924 in Deutschland einsetzende gewaltige Warenmangel eine Folge der Aufzehrung der Vorräte während der Inflation gewesen sei. Damit kennzeichnet er die hohe Passivität der deutschen Handelsbilanz im Jahr 1925 als eine im wesentlichen auf die Wirtschaftsstabilisierung zurückzuführende Erscheinung. Sicher ist, daß die Passivität der deutschen Handelsbilanz während des Jahres 1925 (rund 2% Millionen Mark) keinesfalls die Norm für die nächsten Jahre darstellt. Ebenfalls zulässig ist es, das sehr viel günstigere Bild des deutschen Außenhandels im Jahr 1926 als die Norm anzusehen. Das Richtige wird, wie so häufig, in der Mitte liegen. Die deutsche Wirtschaft arbeitet weitgehend im großen Durchschnitt dem Ausland gegenüber mit einer Unterbilanz, die durch einströmendes Auslandsvolumen ausgeglichen wird. Ein Nachlassen des Kapitalstroms bei gleichzeitiger Steigerung der Zahlungsvorgaben an die Verbandsmächte muß zu einer Erhöhung der Wirtschaftsschwäche in Deutschland führen. Zu dieser Folgeerscheinung hat sich Parker Gilbert nicht äußern können. In den Schlussbemerkungen zu seinem Bericht wiederholt er die bereits oft ausgesprochene Meinung, daß sich über die endgültige Passivität des Damesjahres uns zurzeit noch nichts sagen

## Tagesspiegel

Die sechs in Landau verurteilten Deutschen sind begnadigt worden.

Die Verhandlungen mit der Boiskasterkonferenz über die Zollzeitsfrage, die vorübergehenden Einstellungen in die Reichswehr und die Sportverbände haben zu einer Einigung geführt.

Die Reichsregierung hat in Kowno wegen der Ausweisung Reichsdeutscher aus dem Memelgebiet Einspruch erhoben.

Das Abkommen zwischen dem Reich und den Zinkwerken, nach dem die Reichsregierung als Aktionär aus den Zinkwerken ausscheidet, ist Freitag unterzeichnet worden.

Der Kaiser von Japan ist am Freitag gestorben.

losse. Er hat infolgedessen recht, als sich ein oberschleißendes Urteil über den Dameschen Plan erst geben läßt, wenn Deutschland die höchsten Kosten der Wiederherstellung aufbringen muß. Dies wird in dem Wiederherstellungsjahr der Fall sein, das am 1. September 1928 beginnt. Es wäre jedoch sehr bedenklich, bis zu diesem Zeitpunkt jede Kritik zurückzustellen. Erfahrungsgemäß dauert es Monate, wenn nicht Jahre, ehe ein Erkenntnis in internationalen Beziehungen Berücksichtigung findet. Ein Punkt, den Parker Gilbert ebenfalls unbeachtet gelassen hat, ist der, daß die Festigung der westeuropäischen Währungen während der letzten Monate, und damit der Rückgang der Dumpingkonjunktur in Frankreich und Belgien eine günstige Rückwirkung auf die deutsche Ausfuhr ausgeübt hat. Es ist im Interesse der deutschen Wirtschaft und des gesamten deutschen Volks dringend zu wünschen, daß wir uns mit gedruckter in die Welt hinausgehenden Meinungsäußerungen des Wiederherstellungsagenten eingehend auseinandersetzen. Beschließt das nicht, so können wir uns nicht wundern, wenn sich abermals falsche Ansichten über Deutschlands Leistungsfähigkeit im Ausland festsetzen, und daß unsere Außen- und Wirtschaftspolitik größeren Schwierigkeiten begegnet, als es sonst der Fall wäre.

## Vom Christentum in China

Ein deutscher Politiker, der seit Jahrzehnten in China lebt und mit allen Bevölkerungsschichten in Berührung steht, schreibt:

Die christliche Bewegung in China ist innerhalb des großen Rahmens der nationalistischen chinesischen Selbstbewegung fraglos in eine Krise geraten, in der die Stellung des fremden Missionars der springende Punkt ist. Besonders der amerikanische, englische und französische Missionar beansprucht nach wie vor für sich die Anerkennung seiner extraterritorialen Stellung, die dem Chinesen schon an sich bei allen Fremden ein Dorn im Auge ist. Fast ein Jahrhundert haben die chinesischen Christen materiellen Vorteil aus ihrer durch den christlichen Missionar geschützten Ausnahmestellung innerhalb ihres Volkstums gezogen. Nun sollen sie im alchinesischen Nationalismus Farbe bekennen, was ihnen nicht leicht fällt. Darüber ist zurzeit ein schwerer Streit entbrannt, dessen Austrag und Ende erst an dem Tage klar sein wird, an dem alle herrschenden Fremdvölker ihre Ausnahmestellung in China, das heißt ihre Konsulargerichtsbarkeit, fallen gelassen haben. Erst an diesem Tag wird das gewaltige Eigentum der christlich-chinesischen Kirche unter die Wirkung der neuen Staatsgrundgesetze kommen.

In Shanghai hat eine große christliche Konferenz getagt, auf der sich bereits viele Amerikaner und Engländer der Stimme enthalten haben, um die überreizte chinesische Stimmung zu schonen. Der Generalsekretär der Konferenz, der auf der Columbia- und Chicago-Universität in Amerika vorgebildete Chinese Sanford C. C. Chen, aus der Provinz Anhui gebürtig, in Nanjing erzogen, sagte mir gelegentlich einer Besprechung etwa Folgendes:

Während der Buddhismus, als er vor anderthalb Jahrtausenden in China weit und breit gelehrt wurde, sich nur an die Vornehmen und Reichen wandte, begann das Christentum seine Arbeit genau wie vor bald 2000 Jahren im Westen, so auch in China bei den Armen. Unsere reichen Christen, die sich in hervorragender Stellung befinden, sind fast alle passiv in ihrem Christentum. Es ist unser Bestreben, heute auch die Wohlhabenden und die großen Führer davon zu überzeugen, daß das Christentum eine reine Lehre ist, die nicht zerstörend, sondern durch Erziehung aufbauend wirken will. Bis vor kurzem löste das Christentum die Chinesen, die sich zu ihm bekannten, aus den starren Ueberlieferungen und machte sie dadurch in gewissem Sinn revolutionär. Das ist es, was von Millionen meiner Landsleute als höchst unbehaglich empfunden wurde. Unter unseren christlichen Studenten hat sich die

Lehre ähnlich geäußert, und dort, wo sie nicht in geschlossener christlicher Erziehungsgemeinschaft lernien, den Argwohn und den Widerstand der anders gefonnenen Studenten herausgefordert. Obwohl man nicht sagen kann, daß die christliche Lehre die außerordentliche Zerlegung und Ungebundenheit der letzten Jahre innerhalb der studierenden chinesischen Jugend ausgelöst hat, so ist doch gerade in christlichen Erzieherkreisen heute ein fester Wille entstanden, die christlichen Studenten zu neuen vaterländischen Begriffen des Pflichtgefühls und Gehorsams zurückzuführen. Ich glaube, daß dieses die Hauptaufgabe der christlichen Erzieher sein wird.

China steht jetzt in einer vollkommenen Umformung der christlichen Bewegung in China. Die chinesischen Christen sind in ihrer Art genau so national gesinnt wie alle anderen Chinesen. Was sie wünschen, ist eine klare Bestimmung des Missionariums, so daß niemand mehr, weder innen noch außen, auf den Gedanken der Sonderstellung des fremden Missionars oder chinesischen Christen verfällt. Die Umwertung kann nur allmählich vor sich gehen. Zuerst muß die Gleichheit aller vor dem Gesetz festgelegt werden. Die nächste selbstverständliche Folge wird sein, daß die fremden Missionare ihre Sonderstellung aufgeben müssen. Christen müssen mehr führende Stellen übernehmen. China befindet sich jetzt nach der Zeitspanne der Zerstörung in einer schwierigen Lage, daß nur das Beste vom Besten an Menschen zu Führern genommen werden darf. Christen sind geradezu dazu berufen, den Ausgleich zwischen alt und neu herbeizuführen.

## Umgruppierung auf dem Balkan

Der Rücktritt des südslawischen Ministers des Aeußeren, Rintschitsch, und später der ganzen Regierung Usunowitsch und der Tod von Paschitsch sind Balkanereignisse von größter Bedeutung. Der Vertrag von Tirana bedeutet nicht nur das Protektorat Italiens über Albanien, sondern deutliche Frontstellung gegen Südslawien. Albanien ist ein armes, zerstörtes Land, doch ruhen in seinen Bergen große Schätze, die, einmal ausgenutzt, eine große Zukunft verbürgen. Der religiöse Kampf und das schwache Nationalbewußtsein waren immer ein geeigneter Boden für fremde Einflüsse, und Italien hat jetzt die Gelegenheit wahrgenommen, sich den größtmöglichen Einfluß in Albanien zu sichern. An diesem italienischen Erfolg ist jedoch die südslawische Außenpolitik selbst schuld; denn sie bezweckte bisher nur die Vereinigung Bulgariens, was ihr teilweise auch gelungen ist. Die Folge jedoch ist, daß sich Südslawien selbst vereinzelt hat. Bulgarien verliert, den ihm von Südslawien umgelegten Gürtel zu sprengen. Die bulgarische Regierung Diawitschew bemüht sich stark um eine Annäherung an England, und ihre Bemühungen sind bereits von Erfolg gekrönt. Die Flüchtlingsanleihe wurde unter der Ägide der Englischen Staatsbank abgeschlossen. Ein der in Bulgarien für die Ausfuhr von Schweinefleisch erteilten Konzession ist einliches Staatskapital in großem Ausmaß beteiligt. Die Belkshait, die diese Konzession erworben hat, wird unmittelbare Schifffahrtslinien zwischen England und Bulgarien einrichten, so daß nicht nur Schweinefleisch, sondern auch andere bulgarische Vandeserzeugnisse in beträchtlichen Mengen, wie Eier, Geflügel, konserviertes Gemüse u. a., nach England ausgeführt werden. Auch die neuerdings erteilten Waldkonzessionen in Däwien und Wafsilko sind an englische Kapitalgruppen erteilt worden. Diese wirtschaftlichen Beziehungen werden höchstwahrscheinlich auch lebhaftere politische Beziehungen zwischen England und Bulgarien im Gefolge haben. Mehrere Anzeichen sprechen dafür, daß Südslawien endlich erkannt hat, daß seine Einstellung Bulgarien gegenüber falsch war, und wird versuchen, in absehbarer Zeit ein engeres Zusammengehen mit Bulgarien anzustreben. Das Belgrader Presseamt teilt bereits mit, daß alles, was in Bulgarien über Südslawien geschrieben wird, mit lebhaftem Interesse in Belgrad verfolgt werde. Sowohl in Belgrad wie in Sofia wird mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, daß der Balkan den Balkanvölkern gehöre, und zwar in erster Linie den alten Stammvölkern, den Serben und Bulgaren; und jede Balkanpolitik müsse ihren Ausgangspunkt unter der Berücksichtigung der wohlverstandenen Interessen dieser beiden Länder nehmen.

## Neue Nachrichten

Ausbau der schwedischen Flotte

Stockholm, 26. Dez. Die schwedische Flottenkommission hat ihr Gutachten über den Ausbau der Flotte dem Reichstag übergeben. Nach 10 Jahren soll die Flotte bestehen aus 4 Panzerkreuzern (bis jetzt 2) mit starker Geschützbewaffung, 8 Torpedojägern, 9 modernen Tauchbooten, 8 Küstenwachtschiffen und 1 Hangarkreuzer, der 12 Flugzeuge mitführen kann. Die Kosten für die Neubauten, Neubeschaffung usw. werden auf 105 Millionen Kronen (118,2 Mill. Mark) veranschlagt.







